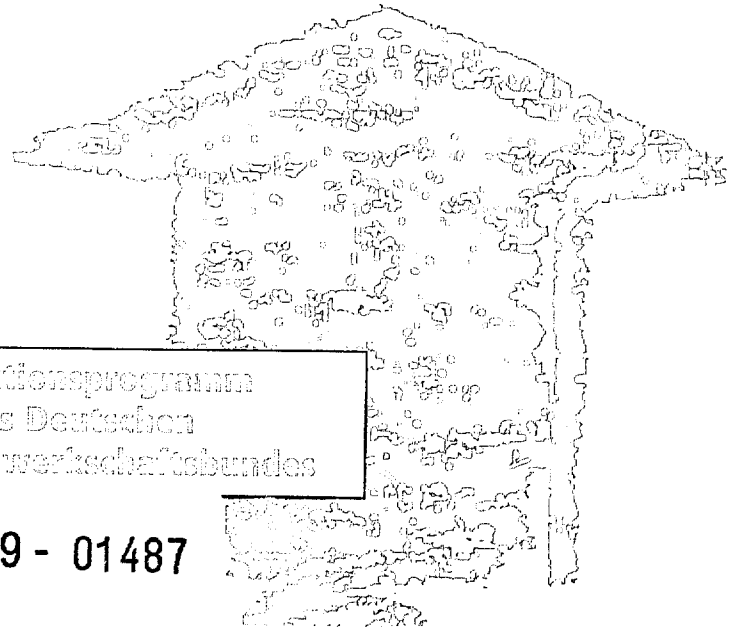
DGB

Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit



Aktionsprogramm
des Deutschen
Gewerkschaftsbundes

A 99 - 01487

200 170 140 DIN 19 051 70 84 100 120

Impressum:
Das Aktionsprogramm
wurde vom Bundesausschuß
des DGB am 5.3.1997
in Düsseldorf beschlossen.

Herausgeber:
Deutscher Gewerkschaftsbund
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

2. Auflage: Juli 1997

A 99 - 01487

Inhaltsübersicht

Einleitung 2

I. Arbeit schaffen - Arbeit teilen 3

Soziale und ökologische Reformen durchsetzen

Arbeitszeit verkürzen und mehr Zeitsouveränität schaffen

Aus- und Weiterbildung sichern und modernisieren

Öffentlich geförderte Beschäftigung durch aktive Arbeitsmarktpolitik stabilisieren

II. Soziale Gerechtigkeit herstellen 9

Soziale Sicherungssysteme stabilisieren - gesetzliche Lohnnebenkosten senken

Alterssicherung reformieren

Eine sozial gerechte Steuerreform verwirklichen

III. Tarifautonomie verteidigen - Arbeitnehmerrechte stärken 12

Flächentarifverträge erhalten und reformieren

Arbeitnehmerrechte sichern und stärken

IV. Die europäische Einheit sozial gestalten 14

V. Unser Weg 15

FÜR ARBEIT
UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

Das Aktionsprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Dieses Aktionsprogramm ist die Plattform für das Handeln des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften in den nächsten Jahren.

Zentrale Herausforderung bleibt für uns die Halbierung der erfaßten Arbeitslosigkeit bis zur Jahrtausendwende. An diesem Ziel halten wir fest. Die Schaffung von mindestens 2 Millionen Arbeitsplätzen innerhalb von 4 Jahren bei leistungsgerechten Einkommen und menschengerechten Arbeitsbedingungen ist nötig und möglich. Neue Arbeitsplätze müssen Frauen und Männern gleichermaßen zur Verfügung stehen.

Die Halbierung der Arbeitslosigkeit ist jedoch nicht erreichbar mit Mitteln einer neokonservativen Restaurationspolitik, mit der bisherigen Politik der Bundesregierung.

Sie ist machbar im Rahmen einer sozialökologischen Reformstrategie, welche die Schaffung von attraktiver Arbeit und der gerechten Verteilung vorhandener Arbeit gleichermaßen Vorrang einräumt. Sie ist erreichbar durch eine andere Politik, die eine entschlossene Offensive für Zukunftsinvestitionen in der Bundesrepublik und Europa zusammenfügt mit einer wirkungsvollen Initiative für die Verkürzung der individuellen und kollektiven Arbeitszeit.

Wir wollen Arbeitslosigkeit bekämpfen und soziale Gerechtigkeit herstellen.

Das ist das Ziel dieses Aktionsprogramms.

I. ARBEIT SCHAFFEN - ARBEIT TEILEN

Soziale und ökologische Reformen durchsetzen

Neue Arbeitsplätze entstehen vor allem durch Investitionen und Innovationen. Wir setzen uns für soziale und ökologische Reformen ein, um neue Beschäftigungsfelder vor allem im Umweltbereich, in den Verkehrssystemen, der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien, in Industrie und Dienstleistungen zu erschließen.

Sozialökologische Reformen müssen umgesetzt und wirksam werden. Die schwierige Situation in den neuen Bundesländern erfordert besondere Impulse. Darum engagieren wir uns für eine gemeinsame **Initiative Aufbau Ost.**

Wir fordern:

- Die Stärkung der **Binnennachfrage** durch eine gerechte Einkommens- und Vermögenspolitik und durch Investitionsprogramme für ökologisches Bauen, den Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur und zukunftsfähiger Verkehrssysteme.

- Eine dialogorientierte **Industrie- und Dienstleistungspolitik**, die Wachstumsindustrien fördert und die notwendigen Rahmenbedingungen schafft, um bestehende Industrien ökologisch und sozialverträglich weiterentwickeln zu können.

- Eine **technologiepolitische Offensive** vor allem durch Aufstockung der Haushaltsmittel für Forschung und Technologie auf 4 % des Bundeshaushaltes, um öffentliche und private Forschung zu fördern. Der Forschungstransfer muß verbessert und beschleunigt werden.

- Eine innovationsorientierte **Modernisierungs- und Wachstumsinitiative aller EU-Mitgliedsstaaten** im Sinne des Weißbuchs der Europäischen Kommission in Höhe von jeweils 0,8 % des Bruttoinlandsprodukts der EU-Mitgliedsstaaten.

☐ **Den Aufbau einer Kreislaufwirtschaft**, die auf Langlebigkeit der Produkte und Schonung der Ressourcen setzt.

▩ Ökologisch verbindliche Selbstverpflichtungen der Unternehmen sowie die Weiterentwicklung des Ordnungsrechts und eine **sozialökologische Umgestaltung unseres Steuer- und Abgabensystems.**

☐ Die Weiterentwicklung der **regionalen Strukturpolitik**. Dazu sollen Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften sich auf Leitbilder einer sozial verantwortlichen und umweltverträglichen Entwicklung in der Region verständigen.

▩ Die Modernisierung und Entwicklung der **öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge**, um öffentliche Dienste sowohl leistungs- und wettbewerbsfähiger zu machen, als auch um das Angebot für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

Arbeitszeit verkürzen und mehr Zeitsouveränität schaffen

Um das vorhandene Arbeitsvolumen gerecht zu verteilen und damit Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, wollen die DGB-Gewerkschaften weitere Arbeitszeitverkürzungen durchsetzen. Wir wollen mehr Zeitsouveränität für Beschäftigte erreichen. Arbeit und individuelle Lebensplanung können dann besser in Einklang gebracht werden.

Generelle Teilzeitregelungen dürfen nur im Einvernehmen mit den Gewerkschaften getroffen werden.

Wir setzen uns dafür ein:

☐ **Die individuelle Arbeitszeit in vielfältigen Formen zu verkürzen.** Dazu gehören auch weitere kollektive Arbeitszeitverkürzungen. Die 35-Stunden-Woche muß gesamtwirtschaftlich verwirklicht werden. Perspektivisch müssen wir weitergehende individuelle wie kollektive Arbeitszeitverkürzungen durchsetzen, ohne die Existenz unterer und mittlerer Einkommensbezieher zu gefährden. Dazu brauchen wir neue Wege.

■ Arbeitszeitverlängerungen zu verhindern

■ **Überstunden abzubauen** und unvermeidbare Mehrarbeit mit Freizeit auszugleichen. Wir streben gesicherte Jahres- und Lebensarbeitszeitkonten an, die den Beschäftigten mehr Zeitsouveränität geben sollen.

■ Vollzeitarbeit mit Teilzeit-, Erziehungs- und Bildungszeiten zu verknüpfen, um **Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit** für Frauen und Männer besser vereinbaren zu können.

▩ Mehr sozialversicherungspflichtige **Teilzeit** entsprechend den Bedürfnissen von Männern und Frauen anzubieten.

▩ Neue Formen der Verkürzung der Lebensarbeitszeit über die **Altersteilzeit** zu entwickeln und umzusetzen.

Aus- und Weiterbildung sichern und modernisieren

Wir setzen uns ein für den Erhalt und die Weiterentwicklung des dualen Ausbildungssystems.

Das Angebot an zukunftsträchtigen Ausbildungsplätzen muß der Nachfrage entsprechen und gleichermaßen für junge Frauen und Männer zur Verfügung stehen. Das Defizit an betrieblichen Ausbildungsplätzen muß beseitigt werden. Aus-, Fort- und Weiterbildung müssen miteinander verknüpft und modernisiert werden.

Dazu werden DGB und Gewerkschaften Druck auf private und öffentliche Arbeitgeber ausüben und alle Möglichkeiten der betrieblichen Interessenvertretung, der Tarifpolitik und in der regionalen Strukturpolitik nutzen.

Wir setzen uns ein für:

- Einen überbetrieblichen **Lastenausgleich** zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben durch eine solidarische Ausbildungsfinanzierung, u.a. durch eine gesetzliche Umlagefinanzierung.

- Die Verknüpfung von **Arbeit, Aus- und Weiterbildung**, um eine adäquate Ausbildung für alle zu ermöglichen. Jugendliche ohne Berufsausbildung und angelernte Beschäftigte sollen dadurch mehr Möglichkeiten für eine vollwertige Qualifikation erhalten.

- Die Weiterentwicklung von Berufsbildern und die **Schaffung neuer Ausbildungsberufe.**

- Ein Weiterbildungsrahmengesetz, das öffentliche Verantwortung für Weiterbildung sichert und verstärkt und vor allem gering qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auch in Zukunft eine faire Chance auf dem Arbeitsmarkt sichert.

- Eine Weiterbildungsoffensive in den Unternehmen, um die notwendigen Qualifikationen für die Informations- und Dienstleistungsgesellschaft zu vermitteln.

- Die Gleichwertigkeit von beruflicher, allgemeiner und politischer Bildung und die Durchlässigkeit von Bildungsgängen.

- Eine **Studienreform**, mit der Hochschulstudium und berufliche Perspektive verbunden werden können.

Öffentlich geförderte Beschäftigung durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik stabilisieren

Öffentlich geförderte Beschäftigung bleibt unverzichtbar. Sie darf nicht zu einem Sektor zweiter Klasse verkommen, in dem die Tarifautonomie außer Kraft gesetzt und arbeitsrechtliche Schutzvorschriften abgebaut werden.

Die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik müssen weiterentwickelt werden.

Dazu gehören vor allem:

- **Betriebsnahe Instrumente** zur Vermeidung drohender Arbeitslosigkeit und sozialverträglicher Gestaltung des betrieblichen Strukturwandels (Qualifikationsförderung mit Kurzarbeitergeld usw.)
- Verstärkte Anreize zur beruflichen Qualifizierung und Weiterbildung u.a. durch Verbindung von Teilzeit und Qualifikation
- Spezielle Programme für **Langzeitarbeitslose** vor allem auf kommunaler Ebene, die durch den flexiblen Einsatz der Förderinstrumente und die Kombination mit kommunaler Beschäftigungsförderung neue Perspektiven eröffnen.
- Ein Rechtsanspruch für arbeitslose Jugendliche auf Arbeitsförderungsmaßnahmen
- Die Einbeziehung von **Sozialhilfeempfängern** in Arbeitsförderungsmaßnahmen der Arbeitsämter, die aus Steuermitteln bezahlt werden müssen.
- Die besondere Berücksichtigung der **Frauen** bei Qualifizierung und Arbeitsbeschaffung
- Der Ausschluß der Vermittlung Arbeitsloser in tarifwidrige Arbeitsverhältnisse sowie die wirksame Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und der illegalen Leiharbeit

1. SOZIALE GERECHTIGKEIT HERSTELLEN

Soziale Sicherungssysteme stabilisieren - gesetzliche Lohnnebenkosten senken

DGB und Gewerkschaften wollen eine Reform des Sozialstaates, damit er ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, Beschäftigung fördert und dem Gebot der Verteilungsgerechtigkeit entspricht.

Der Grundsatz der paritätischen Finanzierung der Beiträge für die Renten-, Arbeitslosen- und die Krankenversicherung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat sich bewährt. Wir wenden uns entschieden gegen alle Bestrebungen, diesen Grundsatz zu Lasten der Arbeitnehmer zu verändern.

Die gesetzlichen Lohnnebenkosten müssen gesenkt werden. **Gesellschaftspolitisch gewollte Leistungen der Sozialversicherung** müssen aus Steuermitteln finanziert werden – durch einen regelgebundenen Zuschuß zur Bundesanstalt für Arbeit und die Erhöhung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung.

Scheinselbstständige und geringfügig Beschäftigte müssen in die **Versicherungspflicht** aufgenommen werden.

Wirtschaftlichkeitsreserven müssen genutzt werden durch eine höhere Effizienz der Verwaltung, durch den maßvollen Umbau von Leistungen und die zielgenaue Verwendung der Mittel.

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

Die Alterssicherung reformieren

Zur Reform der Krankenversicherung fordert der DGB die Einführung eines **Globalbudgets** zur Ausgabenbegrenzung im Gesundheitswesen orientiert an der Entwicklung der Grundlöhne, die Flexibilisierung des Vertragsrechtes zur Förderung von Innovationen, um auf der Basis eines verbindlichen durch Gesetz festgelegten Kataloges Leistungen effizienter zu erbringen, die Neuordnung der Strukturen in der Arzneimittelversorgung, u.a. durch Einführung einer **Positivliste**.

Der DGB hält vor allem folgende Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Rentenversicherung für erforderlich:

- die Erweiterung des versicherungspflichtigen Personenkreises,
- eine **Umfinanzierung gesellschaftlicher Aufgaben** durch höhere Zuschüsse,
- den Ausbau eigenständiger **Rentenansprüche für Frauen** bei gleichzeitiger Reform der Hinterbliebenenversorgung,
- die Harmonisierung der Alterssicherungssysteme.

Insgesamt tragen diese Vorschläge dazu bei, auf einen gerechten **Ausgleich zwischen den Generationen** hinzuwirken. Damit können die künftigen demographischen Probleme in akzeptabler Form bewältigt werden.

Eine sozial gerechte Steuerreform verwirklichen

Eine Steuerreform muß dem Gebot der Verteilungsgerechtigkeit entsprechen und dem Ziel der Beschäftigungsförderung dienen. Der Sozialstaat muß auch weiterhin die notwendigen Mittel haben, um seine Aufgaben zu erfüllen. Elemente einer sozial gerechten Steuerreform sind:

- Über den **Grundfreibetrag** muß das Existenzminimum steuerfrei gestellt werden.
- Über einen niedrigen **Eingangssteuersatz** müssen insbesondere die unteren Einkommen deutlich entlastet werden. Bei der Entlastung der unteren und mittleren Einkommen dürfen nicht durch die Gegenfinanzierung neue unzumutbare Belastungen entstehen.
- **Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit** müssen steuerfrei bleiben. Sie kommen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu Gute, die für Gesellschaft und Wirtschaft (z.B. im Gesundheitswesen, bei den Verkehrsdienstleistungen, der öffentlichen Sicherheit oder in der Grundstoffindustrie) rund um die Uhr notwendige Arbeit verrichten.
- Die steuerliche Förderung der **Beteiligungen von Arbeitnehmern am Produktivvermögen** muß erhalten bleiben.
- Starke Schultern müssen stärker belastet werden. **Steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten für hohe Einkommen müssen beseitigt werden.** Durch eine bessere Personalausstattung und intensivierte Betriebsprüfungen und Steuerfahndung müssen die Vollzugsdefizite in der Finanzverwaltung aufgehoben werden.
- die Steuervorteilie des **Ehegattensplittings** müssen begrenzt werden.
- Private Vermögen, **Einkünfte von Spitzenverdienern** und nicht investiertes Kapital müssen wieder wirksam besteuert werden.
- Die Steuersysteme in der Europäischen Union müssen angeglichen, Steuercasen beseitigt werden.

III. TARIFAUTONOMIE VERTEIDIGEN - ARBEITNEHMERRECHTE STÄRKEN

Flächentarifverträge erhalten und reformieren

Wir werden uns gegen jeden Eingriff des Gesetzgebers in die Tarifautonomie und die Handlungsfreiheit der Gewerkschaften mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln wehren.

Wir streben ein neues Verhältnis von Flächentarifverträgen und der jeweiligen Umsetzung in den Betrieben an: Flächentarifverträge sollen die differenzierten Bedürfnisse der Beschäftigten sowie die unterschiedlichen Bedingungen der einzelnen Branchen, Regionen und Unternehmen gestalten. Dazu wollen wir in die **Flächentarifverträge geregelte Wahlmöglichkeiten** aufnehmen, um erforderliche Differenzierungen zu ermöglichen.

Dabei geht es vor allem um **Gestaltungsmöglichkeiten**, z.B.:

- zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen,
- zur Erweiterung von Beteiligungsrechten von Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen bei der Einführung neuer Formen der Arbeitsorganisation und
- zur Bildung und Weiterbildung.

Durch unsere Tarifpolitik wollen wir die Diskriminierung in der Bewertung von Frauenarbeit abbauen. Wir wollen sicherstellen, daß die finanzielle Planungsgrundlage für Arbeitnehmerhaushalte und geschützte Zeiten für die Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unberührt bleiben.

Arbeitnehmerrechte sichern und stärken

Die Mitgliedsgewerkschaften des DGB haben durch Tarifverträge die hundertprozentige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für fast alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sichern können. Das **Entgeltfortzahlungsgesetz** muß dementsprechend wieder angepaßt, 100 % Lohn im Krankheitsfall für alle gezahlt werden.

Unser Ziel ist es, Gesundheit zu fördern, statt Kranke zu bestrafen. Wir wollen mit privaten wie öffentlichen Arbeitgebern Programme zur **Senkung von Krankenständen** erstellen, die Krankheitsursachen beseitigen helfen und so Kosten senken.

Wir setzen uns dafür ein, die **Aufhebung des Kündigungsschutzes** für Arbeitnehmer vor allem in kleinen Unternehmen und die Einschränkung der Rechte des Betriebsrates rückgängig zu machen.

Zur Verbesserung der betrieblichen Mitbestimmung fordert der DGB u.a. die **Vereinfachung des Wahlverfahrens** für die betriebliche Interessenvertretung in Klein- und Mittelbetrieben. Darüber hinaus müssen der Arbeitnehmerbegriff erweitert und die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte zur Gestaltung einer humanen Arbeitsorganisation und zur Beschäftigungsicherung ausgebaut werden.

Die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Betrieben, Verwaltungen und auf Unternehmensebene müssen den neuen dezentralen Strukturen der Unternehmen angepaßt und auf die besonderen Bedingungen der kleinen und mittleren Unternehmen zugeschnitten werden. Die Kontrollrechte der Aufsichtsräte müssen u.a. durch einen Mindestkatalog zustimmungspflichtiger Geschäfte gestärkt werden. Eine Verkleinerung der Aufsichtsräte lehnen wir ab.

Für Beamtinnen und Beamte gilt die Forderung: hin zu echten Verhandlungen statt Verordnung von oben.

IV. DIE EUROPÄISCHE EINHEIT SOZIAL GESTALTEN

Der DGB und seine Gewerkschaften unterstützen die Einheit Europas, weil sie der beste Weg für eine friedliche Entwicklung unseres Kontinents ist.

Die beschäftigungs- und umweltpolitischen Ziele müssen gleichberechtigt zu den wirtschafts- und finanzpolitischen Zielen in dem Vertragswerk verankert werden. Die Wirtschafts - und Währungsunion muß verknüpft werden mit einer Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltunion.

Arbeits-, sozial- und kollektivrechtliche Mindeststandards müssen präzise im Sozialen Dialog und durch den europäischen Gesetzgeber festgelegt und dürfen nicht eingeschränkt werden. Das Grundrecht auf grenzüberschreitende Koalitionsfreiheit und das Sozialprotokoll müssen Bestandteil des Vertragswerkes werden.

Um die Wirtschafts - und Währungsunion zu vollenden, fordert der DGB:

- Eine Interpretation der **Konvergenzkriterien**, nach der Wachstum, Beschäftigung und ökologischer Umbau gefördert werden müssen.

- Eine innovationsfördernde **Modernisierungs- und Wachstumsinitiative** der EU-Mitgliedstaaten in den Bereichen Verkehr, Technologie und Umwelt, die die beschäftigungspolitische Initiative der Nationalstaaten flankiert.

Die Europäische Union muß sich bei den Verhandlungen des Welthandelsabkommens und anderer internationaler Vertragswerke für die **Verankerung von Umwelt- und Sozialklauseln in internationale Vertragswerke** einsetzen.

Europa ist mehr als die Europäische Union. In diesem Bewußtsein muß die Politik der Europäischen Union die Perspektive haben, ein wirtschaftlich starkes Gesamteuropa zu schaffen, in dem alle Menschen einen Arbeitsplatz finden, der ihnen ein ausreichendes Einkommen und soziale Sicherheit bietet.

V. Unser Weg

Das Bündnis für Arbeit ist an dem fehlenden Willen der Bundesregierung zur beschäftigungspolitischen Initiative und an der Konfrontationsstrategie der Spitzenverbände der Arbeitgeber gescheitert. Darauf haben die Gewerkschaften mit der Kampagne für Arbeit und soziale Gerechtigkeit geantwortet. Darauf bauen wir bei der Durchsetzung unseres Aktionsprogramms auf.

Die Rekordarbeitslosigkeit zeigt, daß die bisherige Politik dieser Bundesregierung falsch ist. Ihr Kurs in der Wirtschafts- und Finanzpolitik hat unser Land in eine dramatische Beschäftigungskrise geführt. Deshalb ist ein Politikwechsel dringend geboten.

Staatlich verordnetem Sozialabbau und Angriffen auf die Tarifautonomie durch die Koalition und die Spitzenverbände der Arbeitgeber haben hunderttausende Menschen Widerstand entgegengesetzt. Eine Politik, die sozial ungerecht und beschäftigungspolitisch verantwortungslos ist, hat in diesem Lande keine Mehrheit.

Wir wollen unsere **Kampagne für Arbeit und soziale Gerechtigkeit** fortführen. Wir werden die soziale Bewegung erneuern und erweitern, die am 15. Juni 1996 in Bonn Signal zum Protest gegen eine arbeitnehmerfeindliche Politik und für eine sozialökologische Reformpolitik gegeben hat.

Wir setzen auf die Mobilisierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die gesellschaftliche Solidarisierung, die weit über die Gewerkschaften hinausgehen muß.

Wir fordern von den Arbeitgebern und von der Politik die Verantwortung und die Verpflichtung für neue Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit ein. Wir wollen ein entschlossenes und, wo möglich, gemeinsames und zielgerichtetes Handeln, damit die Beschäftigungskrise überwunden und die sozialstaatliche Demokratie gesichert werden können.

Wir vertrauen auf die Überzeugungskraft unserer Argumente. Wir setzen auf die Gestaltungskraft der solidarischen Aktion.

Die Zukunft unseres Landes entscheidet sich nicht nur an Wahltagen, sondern auch im betrieblichen und gesellschaftlichen Alltag. Es kommt entscheidend darauf an, daß es den Gewerkschaften gelingt, auch künftig Menschen für ihre Ziele zu gewinnen und zu mobilisieren.

Wir fordern alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf, sich in den Gewerkschaften zu organisieren und zu engagieren.

Wir werden uns vermehrt um Bündnispartner bemühen, denen wir im Kampf um die Grundwerte von Demokratie und Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit verbunden sind.

Wir wollen gemeinsam für Arbeit und soziale Gerechtigkeit streiten.

Jetzt contra

Mehr Druck von unten